

A n t r a g III

An den Verein der Plakatfreunde E.V.

Charlottenburg

Die unterzeichneten Mitglieder des Verein der Plakatfreunde stellen zu Punkt 1 der Tagesordnung der am 19. Dezember 1921 stattfindenden ausserordentlichen Mitgliederversammlung folgenden Gegenantrag:

"Der Verein der Plakatfreunde ist zwecks Fortführung der Zeitschrift
Das Plakat nicht aufzulösen."

Folgende Erwägungen sind für diesen Antrag massgebend. Die Leistungen des Vereins beruhen vorwiegend auf der persönlichen Tätigkeit der drei Vorstandsmitglieder Dr. Sachs, Meyer und Bleistein, der Väter der Idee und Gründer des Vereins. Sie haben ihre Aemter niedergelegt. Es sind Persönlichkeiten, die geeignet sind, die Aemter zu übernehmen, bekannt geworden, zumal, wie noch unten zu erörtern sein wird, die voraussichtliche Finanzlage des Vereins es nicht gebietet, dass die Vorstandsmitglieder sich weiterhin mit der geringen Aufwandsentschädigung begnügen, mit der sich die bisherigen Vorstandsmitglieder im Interesse der Sache zufrieden gaben. Dass eine Persönlichkeit von Ruf und Bedeutung die ungenügende Arbeitslast für die geringe Entschädigung auf sich nehmen wird, ist also nicht notwendig.

Zur Zt. ist die Finanzlage des Vereins nicht als ungünstig zu bezeichnen. Berücksichtigt man die ~~grosse~~ enorme Tearung einerseits, den grossen Umsatz andererseits, so ist das Defizit von etwa 40000 Mark, das sich am Ende des Jahres ergibt, nicht bedeutend. Auch bei dem bisherigen Vorstände würde dieses Defizit leicht aus den Erträgen des nächsten Jahres gedeckt werden, zumal der Mitgliedsbeitrag auf 150 bezw. 170 M erhöht worden ist. Es besteht aber ferner die Gewähr, dass auch neue bedeutende Vorstandsmitglieder dieses Erfolg haben werden. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der Verein in Geldschwierigkeiten kommt oder etwa die Zeitschrift nicht mehr liefern kann und seine gesamte bisher erspriessliche Tätigkeit in Frage gestellt sei.

Es ist daher anzustreben, neue Mitglieder zu werben, und die alten Mitglieder zur pünktlichen Zahlung des neuen Mitgliedsbeitrages zu veranlassen, um die Gegenleistung nicht zu gefährden. Die Unterzeichneten Mitglieder haben aus dem oben dargelegten Gründen diesen Antrag beschlossen.

Berlin, den 10. Dezember 1921.

gez. P. L. Leonard

und 28 andere Mitglieder